



Nr. 16

30. April 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

GKV-Sparpaket der Bundesregierung

[Hemsing: Mit dieser Reform gewinnt die Regierung kein Vertrauen zurück](#)

Hemsing zu den Plänen der Bundesregierung

[Kinder- und Jugendhilfe: Reform steigert Belastung für die Beschäftigten](#)

Tag des Arbeitsschutzes

[Fünf Faktoren für Sicherheit am Arbeitsplatz](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung: Haushaltsbeschluss enttäuscht](#)

Berlin

[Tarifergebnis wird auf die Beamtinnen und Beamten übertragen](#)

Rheinland-Pfalz

[Land soll Tarifergebnis auf Besoldung und Versorgung übertragen](#)

Nordrhein-Westfalen

[Empfang der Landesregierung zum „Tag der Arbeit“](#)

Schleswig-Holstein

[Erklärung gegen Gewalt im öffentlichen Dienst in Vorbereitung](#)

Sachsen

[Austausch mit den Grünen](#)

dbb Lehrkräfteverbände

[Chancenmonitor 2026 bestätigt Chancen Gap – Warnung vor Benachteiligung](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Verlässliche Umsetzung des Digitalpakts 2.0 gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

GKV-Sparpaket der Bundesregierung Hemsing: Mit dieser Reform gewinnt die Regierung kein Vertrauen zurück

Auch auf Druck des dbb gab es einige Nachbesserungen beim Gesetzentwurf. Grund zur Kritik besteht aber weiterhin.

„Positiv ist, dass auch auf Druck des dbb einige Vorhaben der Bundesregierung, die zu Lasten der Patientinnen und Patienten gegangen wären, entschärft werden konnten“, sagte der Zweite Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Andreas Hemsing, am 30. April 2026 über das Sparpaket für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV), das vom Bundeskabinett am Tag davor beschlossen wurde. Insbesondere das Ausbleiben der Kürzung des Krankengeldzahlbetrags sowie die Absenkung des Beitragssatzes für Ehegatten, die künftig aus der beitragsfreien Mitversicherung herausfallen, seien aus dbb-Sicht klare Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf.

Bei der Abkehr von der vollständigen Refinanzierung der Tarifsteigerungen im Krankenhaus konnte zumindest ein Teilerfolg erzielt werden. Das Sparpaket sieht eine hälftige Refinanzierung der die Grundlohnrate übersteigenden Tarifabschlüsse vor. Die Abkehr von der vollständigen Refinanzierung stelle laut Hemsing jedoch weiterhin einen Eingriff in die Tarifautonomie dar: „Der Gesetzgeber scheint nicht zu verstehen, dass das Ergebnis von Tarifverhandlungen nicht nur die allgemeine Preisentwicklung widerspiegelt, sondern auch der Situation am Arbeitsmarkt Rechnung trägt. Die Abkehr von der vollständigen Refinanzierung und die Wiedereinführung des Tarifdeckels, den wir mit viel Energie vor fast 20 Jahren erstritten haben, erweisen dem Kampf gegen den Fachkräftemangel einen Bärendienst.“

Ebenfalls kritisch bewertete der dbb-Vize das Ausbleiben der vollständigen Kostenübernahme für Bürgergeldempfänger und -empfängerinnen aus Steuermitteln: „Im Hinblick auf diese fehlenden Steuerzuschüsse, für die die Versichertengemeinschaft derzeit mit rund 12 Milliarden Euro jährlich einspringt, sind unsere

Befürchtungen sogar noch deutlich übertroffen worden. Die Bundesregierung sollte sich schon einmal fragen, ob man mit derartigen Taschenspielertricks Vertrauen zurückgewinnt.“ Statt der Übernahme der 12 Milliarden Euro jährlich sieht die GKV-Reform einen bis zum Jahr 2030 ansteigenden Zuschuss vor, der 2027 mit 250 Millionen Euro pro Jahr beginnt. Gleichzeitig wird der Bundeszuschuss insgesamt um 2 Mrd. Euro jährlich gekürzt, sodass die GKV insgesamt zusätzlich belastet wird.

Vor diesem Hintergrund kritisierte Hemsing auch die außerplanmäßige Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie der Versicherungspflichtgrenze ab dem Jahr 2027: „Aus Sicht des dbb verstoßen die Anhebungen gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.“

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und dbb-Vize Maik Wagner unterstrich ebenfalls: „Besonders kritisch ist, dass zentrale strukturelle Probleme ungelöst bleiben – vor allem die jährliche Finanzierungslücke von rund 13 Milliarden Euro bei den Beiträgen für Bürgergeldempfänger, die nicht ausreichend durch Steuermittel gedeckt wird.“

Nach Auffassung der GdS sei eine ausgewogene Gesamtstrategie entscheidend. „Wenn Reformen einseitig zulasten von Beitragszahlern und Familien gehen, während strukturelle Finanzierungsfragen ungelöst bleiben, fehlt die gesellschaftliche Akzeptanz“, konstatiert Wagner. „Wir fordern im parlamentarischen Verfahren eine grundlegende Überarbeitung: eine gerechte Lastenverteilung, eine stärkere staatliche Beteiligung an der Finanzierung sowie den kompletten Verzicht auf Kürzungen bei existenziellen Leistungen.“ Nur so könne das Vertrauen in das System langfristig gesichert werden.

Hemsing zu den Plänen der Bundesregierung

Kinder- und Jugendhilfe: Reform steigert Belastung für die Beschäftigten

Die geplante Reform der Kinder- und Jugendhilfe verfolgt grundsätzlich die richtigen Ziele. Doch die Arbeitsbelastung in Jugendämtern und Einrichtungen wird erheblich steigen.

„Neue Prüf-, Koordinations- und Dokumentationspflichten sowie komplexere Hilfe- und Leistungsplanverfahren sind mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu bewältigen“, warnte der Zweite Vorsitzende des dbb, Andreas Hemsing, anlässlich der Verbändeanhörung zum Reformgesetz am 27. April 2026 im Bundesfamilienministerium. „Die Kolleginnen und Kollegen sind heute bereits überlastet. Ohne die grundsätzlichen Voraussetzungen zu verbessern, ohne eine verlässliche Finanzierung und eine verbindliche Personalaufstockung wird es nicht gehen. Leider droht sich hier ein Trend zu bestätigen: Der Bund erlässt gutgemeinte Gesetze, für die in den Kommunen schlicht kein Personal vorhanden ist. Das ist unredlich.“

Zugleich begrüßt der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik ausdrücklich die stärkere inklusive Ausrichtung des Entwurfs: „Es ist ein wichtiger und überfälliger Schritt, dass Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe mit Überführung in ein gemeinsames Regelwerk endlich konsequent in den Fokus gerückt wird. Technische und sachliche Unterstützungen, Leistungen aus einer Hand, die Orientierung

an Teilhaberechten und der Abbau komplizierter Schnittstellen können für Kinder, Jugendliche und ihre Familien echte Verbesserungen bringen.“

Damit Inklusion nicht nur ein Schlagwort bleibt, müsse sie in der Praxis aber tragfähig umgesetzt und mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt werden. Vor diesem Hintergrund warnte Hemsing: „Problematisch ist, dass Infrastruktur- und Regelangebote künftig einen Vorrang erhalten sollen. Damit besteht die Gefahr, dass individuell notwendige Hilfen zurückgedrängt werden – nicht aus fachlichen Gründen, sondern weil Strukturen verfügbar sind oder als steuerungslogisch günstiger gelten“. Somit könnte der individuelle Rechtsanspruch faktisch geschwächt werden. „Passgenaue Hilfen dürften nicht durch standardisierte Angebote ersetzt werden, wenn diese den konkreten Bedarf eines Kindes oder Jugendlichen nicht gleichermaßen abdecken. Deshalb fordern wir, den Vorrang von Infrastrukturangeboten klarer zu begrenzen und das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten rechtssicher zu stärken.“

Tag des Arbeitsschutzes

Fünf Faktoren für Sicherheit am Arbeitsplatz

In Deutschland wurde in Sachen Arbeitsschutz einiges erreicht. Aber da geht noch mehr.

Seit dem Jahr 2003 steht der 28. April eines jeden Jahres für den Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Schätzungen zufolge verlieren etwa 6 000 Menschen täglich weltweit ihr Leben, während sie arbeiten.

In Deutschland wurde bezüglich des Arbeitsschutzes einiges erreicht: Bei den meldepflichtigen Arbeitsunfällen im Jahr 2024 wurde mit ca. 810 000 Fällen ein historischer Tiefststand erreicht – und auch die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle lag mit 440 deutlich niedriger als im Vorjahr (499).

„Trotzdem ist das Ziel „Vision Zero“, also eine Welt ohne Arbeitsunfälle, noch in weiter

Ferne“, erklärte der stellv. dbb-Bundesvorsitzende Maik Wagner am 28. April 2026. „Für einen wirksamen Arbeitsschutz sind deshalb Prävention, die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, Kommunikation, eine funktionierende Fehlerkultur und gute Arbeitsbedingungen unabdingbare Voraussetzungen. Der Arbeitgeber ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten gefahrenfrei arbeiten können.“

Hintergrund: Initiiert von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), steht der Aktionstag zum einen für ein Gedenken an diejenigen, die bei der Arbeit getötet, verletzt wurden oder erkrankt sind. Zum anderen soll er aber auch die Schaffung sicherer, gesunder und menschenwürdiger Arbeitsplätze unterstützen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung: Haushaltsabschluss enttäuscht

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) zeigt sich enttäuscht über die Ergebnisse der Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag. Insbesondere die Entscheidung der Regierungsfractionen CSU und Freie Wähler, die Übertragung des aktuellen Tarifabschlusses der Länder (TV-L) auf die Beamtinnen und Beamten in Bayern zu verschieben, stößt auf deutliche Ablehnung.

„Hier wird auf Kosten derjenigen gespart, die den Staat tagtäglich am Laufen halten – das ist das falsche Signal“, erklärte BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall am 23. April 2026. „Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung war in Bayern über Jahrzehnte eine verlässliche Größe. Diese Praxis jetzt aufzuweichen, beschädigt Vertrauen.“

Der BBB hatte sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen mit einem Brandbrief an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags gewandt und darin eindringlich um Unterstützung für eine Beibehaltung der zeitgleichen Übertragung von Tarifergebnissen gebeten. Dem haben die Abgeordneten der Regierungsfractionen nun eine deutliche Absage erteilt.

„Ja, wir sind enttäuscht! Wer den öffentlichen Dienst stärken will, darf ihn nicht gleichzeitig finanziell ausbremsen“, so der Vorsitzende weiter. Gerade angesichts wachsender Herausforderungen und eines zunehmenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte sei dies ein

widersprüchlicher Kurs. Der BBB erkennt die angespannte Haushaltslage an, stellt jedoch klar: „Beamtinnen und Beamte dürfen nicht zur haushaltspolitischen Verfügungsmasse werden – das ist nicht akzeptabel.“

Positiv wertet der BBB, dass ab Ende 2027 zusätzliche Spielräume für Stellenhebungen und Beförderungen eröffnet werden sollen. „Leistung muss sich lohnen, sonst verliert der öffentliche Dienst noch weiter an Attraktivität“, so der Vorsitzende. „Die Ausgestaltung ist daher kein Wunsch, sondern zwingend erforderlich – entscheidend ist jetzt die verlässliche Umsetzung mit ausreichenden finanziellen Mitteln.“

Der Bayerische Beamtenbund fordert die politisch Verantwortlichen auf, künftig wieder zu einer verlässlichen und fairen Übertragung von Tarifergebnissen zurückzukehren und den öffentlichen Dienst nicht weiter einseitig zu belasten.

Berlin

Tarifergebnis wird auf die Beamtinnen und Beamten übertragen

Dem dbb berlin liegt der Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes zur Übernahme des Tarifergebnisses der Länder vor.

Der dbb berlin hofft, dass der Entwurf unverzüglich als Fraktionsantrag von CDU und SPD in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht wird. „Aus der Sicht des dbb berlin ist dieser Entwurf durchaus annehmbar“, sagte dbb-Landeschef Frank Becker am 24. April 2026.

Mit dem Gesetz soll das Tarifergebnis wie folgt übertragen werden:

Ab 1. April 2026 wird die Besoldung um 3,8 Prozent angepasst. Diese setzt sich zusam-

men aus der für den Tarifbereich vorgesehenen Erhöhung um 2,8 Prozent und der vorgezogen Erhöhung um 1,0 Prozent, die im Tarifbereich ab 1. Januar 2028 erfolgt. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, um das Abstandsgebot zu wahren und hierbei zugleich gegenüber allen beamteten Dienstkräften eine Mindestanpassung in Höhe von 100 Euro vorzunehmen.

Die Entgelterhöhung im Tarifbereich ab 1. März 2027 um 2,0 Prozent wird zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen.

Vergleichbares gilt für die Anwärtergrundbe-
träge, die ab 1. April 2026 um 90 Euro und ab

1. März 2027 um weitere 60 Euro erhöht wer-
den.

Rheinland-Pfalz

Land soll Tarifergebnis auf Besoldung und Versorgung übertragen

Die neue Landesregierung muss das Mitte Februar nach hartem Ringen erzielte Verhandlungsergebnis der Ländertarifrunde für den öffentlichen Dienst schnellstmöglich zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfänger- und -empfängerinnen im Landes- sowie Kommunaldienst übertragen.

Das haben Hauptvorstand, Vorstand und Landesleitung des dbb rheinland-pfalz am 23. April 2026 nochmals im Namen der Mitgliedsge-
werkschaften klargestellt. Sowohl CDU als auch SPD hatten die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung vor der Landtagswahl in Fraktionsgesprächen mit dem dbb rheinland-pfalz ausdrücklich zugesagt.

Mit Bezug zur zwischenzeitlichen Sondierung zwischen CDU und SPD auf dem Weg zu einer Regierungskoalition und die im Sondierungspapier getroffenen Aussagen zum öffentlichen

Dienst unterstrichen Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz in Bad Kreuznach: „Wer den Staat effizienter machen will, muss bei den Strukturen und der schier Menge an Aufgaben ansetzen. Ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, braucht hoch motiviertes und gut bezahltes Personal. Beides muss passen, damit der Staat funktioniert und seine Beschäftigten fair behandelt werden, die Tag für Tag ihren Dienst verrichten und sich für Sicherheit, Bildung, Verwaltung und Daseinsvorsorge engagieren. Das gilt insbesondere in Multikrisenzeiten.“

Nordrhein-Westfalen

Empfang der Landesregierung zum „Tag der Arbeit“

Zum „Tag der Arbeit“ fand am 30. April 2026 auch in diesem Jahr wieder der Arbeitnehmerempfang der NRW-Landesregierung statt, zu dem auch Vertreterinnen und Vertreter des DBB NRW eingeladen waren.

Mit einer klaren Analyse der wirtschaftlichen Lage begrüßte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst in der Stadthalle Hagen die anwesenden Gäste. Und mit klaren Antworten: Nordrhein-Westfalen habe mit der Altschuldenentlastung für Kommunen, dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur als größtem Infrastrukturprogramm der Landesgeschichte und dem neuen Tarifentgeltversicherungsgesetz für faire Arbeitsbedingungen geliefert. Jetzt brauche es einen gemeinsamen Schulterschluss – in der Sozialpartnerschaft und in der demokratischen Mitte.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Das Geschimpfe auf Arbeitgeber ist genauso falsch wie das Geschimpfe auf Arbeitnehmer. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land leistet jeden Tag extrem viel – im Job, in den Familien, in der Gesellschaft. Dafür stehen Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen jeden Tag auf.

Deshalb verstehen wir uns als das Land der Arbeit – und das seit 80 Jahren.“

Wüst weiter: „Arbeit prägt unser Selbstverständnis, genauso wie Miteinander und Solidarität. Und klar: Die wirtschaftliche Lage ist herausfordernd und die Eskalation im Nahen Osten setzt die Weltwirtschaft massiv unter Druck. Aber genau deshalb braucht es weniger Geschimpfe und mehr Miteinander – einen Schulterschluss. Denn es braucht ein Bündnis von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik für Investition, Innovation, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Ich halte es deshalb für richtig, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber in Berlin mit an den Tisch kommen – für ein echtes Miteinander und eine pragmatische Mitte in diesem Land. Für mich steht fest: Wir brauchen einen Konsens zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir brauchen einen Konsens 2030.“

Schleswig-Holstein

Erklärung gegen Gewalt im öffentlichen Dienst in Vorbereitung

Die Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nimmt spürbar zu. Das zeigen auch Umfragen des dbb. Betroffen sind nicht nur Polizei und Justiz, sondern nahezu alle Behörden und Einrichtungen mit Nähe zu den Menschen.

In kommunalen Dienststellen oder in Schulen gibt es etwas viele Vorfälle, die häufig gar nicht öffentlich wahrgenommen werden und Konsequenzen haben. Dabei geht es nicht nur um körperliche Gewalt, sondern auch um ebenso nicht tolerierbare verbale oder psychische Gewalt. „Bürgernähe darf nicht dazu führen, dass die Beschäftigten zur Zielscheibe für Aggressionen frustrierter Bürger werden“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 29. April 2026.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der dbb sh, dass in Schleswig-Holstein an einer gemeinsamen Erklärung des Landes, der Kommunen und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gearbeitet wird, um ein klares Zeichen

zum Schutz der Beschäftigten vor Gewalt zu setzen. Der dafür eingerichteten Arbeitsgruppe gehören seitens des dbb sh die Landesvorstandsmitglieder Kai Tellkamp und Daniela Schönecker an, die als Personalrätin für eine Berücksichtigung der Praxiserfahrungen Sorge trägt.

Mit der angestrebten Erklärung soll auch ein Auftrag aus dem aktuellen Koalitionsvertrag erfüllt werden. Für den dbb sh kommt es darauf an, dass es nicht bei einer Erklärung bleibt, sondern dass in allen Dienststellen ein Mindestschutz- und Unterstützungsniveau etabliert wird, das den Beschäftigten wirklich hilft.

Sachsen

Austausch mit den Grünen

Zu einem informativen Austausch konnte SBB-Chefin Nannette Seidler am 23. April 2026 die beiden Landesvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen Sachsen, Coretta Storz und Martin Helbig, in der Geschäftsstelle begrüßen.

Dabei ging es um die bevorstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt des Freistaates, um Aufgabenbetrachtung und Prüfaufträge in der Staatsverwaltung, aber auch um Verkehrsverbünde und Konzepte im ÖPNV. Ebenso wurde über das geplante Polizeigesetz gesprochen.

Insbesondere zum Thema Personalentwicklung, Personalabbau und Aufgabenbetrachtung/Aufgabenkritik gab es einen intensiven und konstruktiven Austausch. Einigkeit bestand dazu, dass „Bürokratieabbau“ nicht das

Mittel der Wahl sein kann, um den Staat zukunftsfähig aufzustellen. Es braucht kluge Konzepte und echte digitale Unterstützung, aber eben auch klare Regeln und Prozesse in den Behörden - also Bürokratie im besten Sinne des Wortes.

Für den SBB hat die Vorsitzende deutlich gemacht, dass Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit ein wichtiger Grundsatz und der Generationenfonds deshalb keine Verhandlungsmasse sei.

dbb Lehrkräfteverbände

Chancenmonitor 2026 bestätigt Chancen Gap – Warnung vor Benachteiligung

Der aktuelle Chancenmonitor 2026 des ifo Instituts und „Ein Herz für Kinder“ zeigt alarmierende Bildungsunterschiede nach sozialer Herkunft auf.

„Die Ergebnisse machen deutlich, dass Bildungserfolg in Deutschland noch immer zu stark von der Herkunft abhängt und beständiges politisches Handeln dringend notwendig ist. Das ist aber keine neue Erkenntnis, sondern bestätigt, dass es in Deutschland weiterhin nicht gelingt, diese Abhängigkeit abzumildern“, bewertete Tomi Neckov, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die Ergebnisse.

Jede Schule brauche deshalb eine bedarfsgerechte Finanzierung, die unter anderem berücksichtigen muss, wie viele der Kinder staatliche Hilfsleistungen empfangen. Zudem sei es zentral, dass an Schulen möglichst viele Professionen gemeinsam dafür arbeiten, den individuellen Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler zu begleiten: „Das multiprofessionelle Zusammenarbeiten sichert die optimale Unterstützung von Stärken sowie das frühzeitige Erkennen von Defiziten und die dann notwendige Umsetzung von Maßnahmen, um das Lernen und Zusammenleben bestmöglich gestalten zu können“, erläutert Neckov. Zudem müsse Förderung früh beginnen.

Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, liege laut Chancenmonitor für Kinder mit bildungsfernen, einkommensschwachen Eltern bei 16,9 Prozent, wogegen sie bei Kindern

mit einkommensstarken Eltern mit Abitur bei bis zu 80,3 Prozent liege. Darüber hinaus liege die Wahrscheinlichkeit des Gymnasialbesuchs bei Jungen mit 36,9 Prozent niedriger als bei Mädchen mit 43,5 Prozent. Der Deutsche Philologenverband (DPhV) sieht deutlichen politischen Handlungsbedarf für eine verbindliche Übergangsempfehlung von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten, um endlich leistungsstarken Kindern unabhängig vom sozioökonomischen Status den Übergang auf das Gymnasium leistungsgerechter zu ermöglichen.

Ohne verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen bleiben Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Hintergrund benachteiligt – selbst bei gleichen Leistungen und Noten. „Ist der Elternwille für den Übergang allein entscheidend, profitieren erfahrungsgemäß eher ressourcenstarke Familien. Ziel muss es jedoch sein, für jedes Kind die passgenaue Schulart zu finden, die zur Begabung und individuellen Lernentwicklung passt – um Überforderung und Unterforderung zu vermeiden. Es braucht also eine verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen, die den Elternwillen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt“, betonte die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Verlässliche Umsetzung des Digitalpakts 2.0 gefordert

Der DPhV kritisiert die vom Bundesministerium der Finanzen kurzfristig geplanten Änderungen an der Vereinbarung mit den Ländern zum Digitalpakt 2.0 und wirbt um Rückkehr zur ursprünglichen Vereinbarung.

In der neusten Fassung der Verwaltungsvereinbarung wurde der Beginn des Förderzeitraums nun einseitig vom 1.1.2025 auf den 1.1.2026 verschoben. Das Programm sollte Verlässlichkeit für die digitale Ausstattung an Schulen sichern, stattdessen steht nun die Glaubwürdigkeit dieser staatlichen Zusage infrage.

Aus Sicht des DPhV ist nicht nur die formale Verschiebung des Startdatums problematisch. Schwerer noch wiegt der Bruch einer bereits gegebenen Zusage, der über den Einzelfall hinaus das Vertrauen in die Verlässlichkeit finanzpolitischer Entscheidungen für die Schulen beschädigt: Der Ende 2025 beschlossene Digitalpakt 2.0 sollte rückwirkend zum 1. Januar 2025 gelten. Nun wurde dieses Datum

laut kommunaler Spitzenverbände ohne vorherige Abstimmung mit den Kommunen auf den 1. Januar 2026 verschoben – ein Vorgehen, das grundlegende Prinzipien verlässlicher Zusammenarbeit missachtet.

„Hier wird Vertrauen verspielt, statt es aufzubauen“, erklärt die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Kommunen haben im Glauben an die klare Zusage des Bundes bereits 2025 Mittel in die Digitalisierung der Schulen investiert. Schulen haben Konzepte entwickelt und Vorbereitungen getroffen, Lehrkräfte und Lernende haben sich gefreut, dass endlich neue Geräte an die Schulen kommen, die digitale Ausstattung verbessert und zeitgemäßer Unterricht auch dadurch nachhaltig unterstützt wird. Wenn diese Zusage nun nachträglich kassiert wird, bleiben Gemeinden und Schulen auf Kosten und auf bereits geleisteter Arbeit

sitzen und scheuen möglicherweise weitere Investitionen. Das ist eben nicht nur ein finanzielles Problem – es bricht politisches Vertrauen für die Unterstützung unserer Schulen, es nagt am politischen Vertrauen für die Unterstützung der Bildung unserer Kinder!“

Der DPhV fürchtet für die ohnehin schon schwierige Zusammenarbeit im Bereich der Bildungsfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen negative Folgen. Lin-Klitzing: „Welche Kommune wird zukünftig noch in Vorleistung gehen, welche Schule wird im Vertrauen auf Finanzierungszusagen des Bundes planen, wenn damit gerechnet werden muss, dass der Bund seine finanziellen Zusagen für die Digitalisierung anschließend einseitig verändert?“

Namen und Nachrichten

Ein starkes Signal für die Beschäftigten im hessischen Schienenpersonennahverkehr: Bereits in der zweiten Verhandlungsrunde haben die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** und die cantus Verkehrsgesellschaft mbH in Kassel am 23. April 2026 einen umfassenden Tarifabschluss für die Jahre 2025/2026 erzielt. Damit zieht das neue, verbesserte Marktniveau nun auch bei cantus ein. Was diesen Abschluss besonders auszeichnet, ist nicht nur das hervorragende Ergebnis, sondern auch der Weg dorthin: Trotz harter Diskussionen in der Sache waren die Gespräche von einem tiefen gegenseitigen Respekt geprägt.

Beide Seiten begegneten sich auf Augenhöhe und zeigten echtes Verständnis für die Positionen des Gegenübers. Diese konstruktive und wertschätzende Atmosphäre ermöglichte es, bereits nach nur zwei Runden eine Einigung zu finden, die den Mitarbeitern langfristige Sicherheit und spürbare Anerkennung garantiert. Ein besonderer Meilenstein ist die Einführung eines jährlichen Urlaubsgeldes, das mit 200 Euro im Jahr 2027 startet und ab 2028 auf beachtliche 600 Euro ansteigt. Details zur Einigung gibt es auf www.gdl.de.

Termine:

19. Mai 2026

37. Europäischer Abend

„Digitales Europa. Zwischen Abhängigkeit und Souveränität“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

21. Mai 2026

Tarifsymposium

„Zukunftsfähige Kommunen. Tarifpolitik und Finanzen“

Weitere Informationen unter www.dbb.de